

ALR HOCHSCHULPREIS

für Studierende

Anerkennung



EINGESCHRÄNKTE MOBILITÄT ALS HÜRDE FÜR DEN INTEGRATIONSPROZESS?

Die Mobilitätssicherung stellt für viele Bewohner ländlicher Räume und insbesondere für Geflüchtete eine große Herausforderung dar. So müssen zusätzlich zu den Einrichtungen der täglichen Daseinsvorsorge auch integrationsspezifische Einrichtungen erreicht werden. Zu diesen Anlaufpunkten zählen bspw. Ausländerbehörden, Jobcenter, Integrations- und Sprachkurse sowie integrationsspezifische Beratungsstellen. Doch welche Verkehrsmittel nutzen Flüchtlinge überhaupt? Inwiefern hat sich das Mobilitätsverhalten, zu jenem in ihrem Heimatland verändert? Vor welchen konkreten Problemen und Herausforderungen stehen die Geflüchteten bei der Mobilitätssicherung? Welche Determinanten können die Mobilität erleichtern? Auf all diese Fragen suchte ich eine Antwort. Was lag näher, als die Betroffenen selbst zu fragen? Auch Personen, die durch ihre (ehrenamtliche) Tätigkeit die Geflüchteten begleiten und Hilfestellungen geben, konnten mir wertvolle Antworten auf diese Fragen geben.

Gerade in ländlichen Räumen dominiert der Individualverkehr und viele Einwohner nutzen den PKW, um mobil zu sein (vgl. Weiß et al., 2016). Asylsuchende verfügen jedoch nicht über die finanziellen Mittel für die Führerscheinprüfung oder die Nachprüfungsgebühren für die Anerkennung ihrer Führerscheine. Auch die Anschaffung sowie die laufenden Kosten eines PKWs können durch die Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder dem ALGII nicht gedeckt werden. So sind die Betroffenen auf den öffentlichen Personennahverkehr, auf privatorganisierte Fahrdienste von Ehrenamtlichen oder die Nutzung des Fahrrades angewiesen, um die Infrastruktur zu erreichen, die sich aller Regel nach in Städten und Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion befinden.



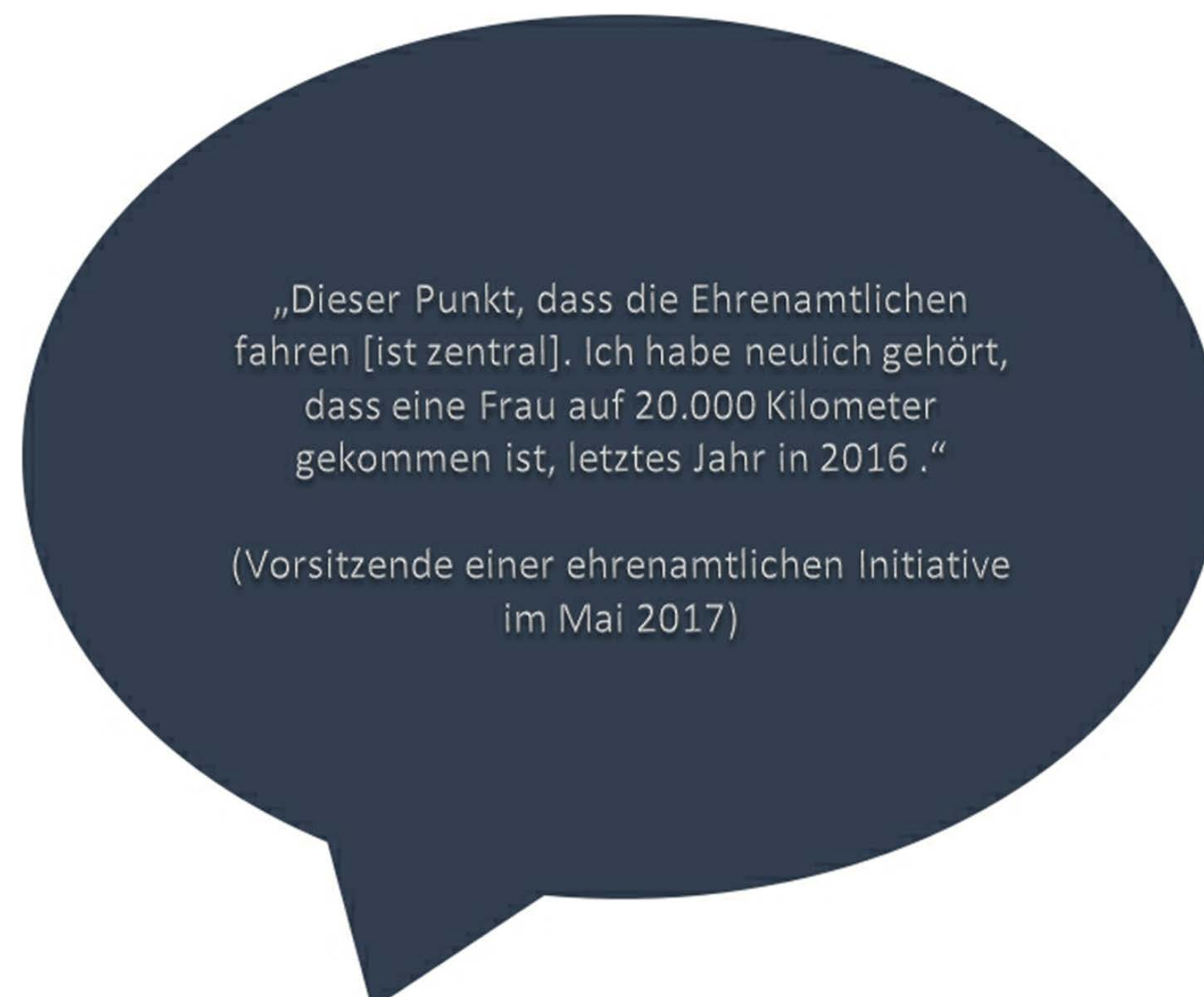
„In elf Monaten habe ich alleine nur 1.000 Euro fast für die Busfahrkarte ausgegeben.“

(Geflüchteter aus Afghanistan im Mai 2017)

Zitat: Finanzielle Aufwendung für ÖPNV

Die Sicherung der Mobilität über den ÖPNV ist in ländlichen Räumen meist nur bedingt möglich. Die finanziellen Aufwendungen für die (Monats-)Fahrkarten stellen oftmals für die Geflüchteten eine besondere Härte dar.

Unterschiedliche Tarifzonen stiften Verwirrung und evtl. zusätzliche Kosten. Anschlussverbindungen sind nicht unbedingt aufeinander abgestimmt und es entstehen Wartezeiten. Auch das Liniennetz erlaubt nur einen Transport in die nächstgelegenen Zentren und nicht in andere Gegenden des Landkreises. Dieses Problem erlangt besondere Bedeutung bei der Suche nach Arbeits- oder Ausbildungsplätzen, da in Frage kommende Betriebe häufig dezentrale Standorte besitzen. Ehrenamtliche Unterstützung nimmt bei der Mobilitätssicherung eine besondere Rolle ein. So gaben alle Befragten an, dass der ehrenamtliche Fahrdienst zu Arztterminen, zum Einkauf o.ä. eine enorme Erleichterung darstellt und ohne diese Hilfestellung viele Termine nicht wahrgenommen werden könnten.



„Dieser Punkt, dass die Ehrenamtlichen fahren [ist zentral]. Ich habe neulich gehört, dass eine Frau auf 20.000 Kilometer gekommen ist, letztes Jahr in 2016.“

(Vorsitzende einer ehrenamtlichen Initiative im Mai 2017)

Zitat: Ehrenamtliche Fahrdienste

Ferner spielt die Nutzung des Fahrrades eine zentrale Rolle bei der Mobilitätssicherung. Besonders hilfreich für die Ausstattung der Geflüchteten mit Fahrrädern sowie deren Reparaturen sind von Ehrenamtlichen organisierte Fahrradwerkstätten. Dementsprechend ist zu empfehlen, dass die Erreichbarkeit von integrationsrelevanten Einrichtungen für Geflüchtete verbessert wird und auch bei der Erstzuweisung als Kriterium fungiert.

Allgemein besteht somit ein Handlungsbedarf bei der Flexibilisierung und Vergünstigung des ÖPNVs sowie bei der Vereinheitlichung von Tarifzonen. Innovative Mobilitätsformen wie Bürgerbusse, E-Bike-Verleih oder die digitale Organisation von Mitfahrgelegenheiten sind dabei zu fördern. Diese Forderungen können dabei durchaus die Bedürfnisse weiterer Personen-

gruppen (bspw. Jugendliche, Senioren oder Arbeitssuchende) ansprechen.

Des Weiteren sollte ein Wohnortwechsel gestattet werden, wenn aufgrund mangelnder Mobilitätsmöglichkeiten keine Arbeit oder Ausbildung aufgenommen werden kann.

Methodik

Die Bearbeitung erfolgte nach einem explorativen, qualitativen Forschungsansatz, wobei Geflüchtete und Stakeholder in Form von Leitfaden- sowie Experteninterviews befragt wurden. Die Untersuchungsregion stellt die Gemeinde Giesen im Landkreis Hildesheim dar. Die Interviews wurden transkribiert und mittels einer einfachen qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet.

Ergebnisse

- Die Mobilität der befragten Geflüchteten stützt sich hauptsächlich auf den ÖPNV, ehrenamtliche Fahrdienste sowie das Fahrrad. Finanzielle Aufwendungen für die Führerscheinprüfung oder die Anschaffung eines PKWs können häufig nicht gedeckt werden.
- Kosten für Busfahrkarten, unterschiedliche Tarifzonen, fehlende Anschlussverbindungen sowie ein lückenhaftes Liniennetz stellen die größten Mobilitätshürden dar.
- Mobilitäts erleichterungen bieten ehrenamtliche Fahrdienste und die Nutzung des Fahrrades.

Alicia Marie Eggers

geb. 10.05.1996 in Hannover

Studentin der Humangeographie mit den Ergänzungsbereichen Soziologie/Politik an der Leibniz Universität Hannover.

Entstanden im Rahmen der Masterarbeit am:
Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie

Leibniz Universität Hannover
Schneiderberg 50
30167 Hannover
T +49 0511 762 4496

Plakat erstellt im Rahmen des Hochschulpreises 2017

